

Blockchain beim Staat ist hierzulande noch rar

Dank Blockchain-Technologie können Prozesse effizienter und nutzerfreundlicher gestaltet werden. Davon können auch der Staat und die Verwaltung profitieren. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz bei der Anwendung erst am Anfang.

Blockchain basiert auf einem Netzwerk von Computern und Servern, die gemeinsam eine verschlüsselte Liste führen. Dadurch können Dokumente wie Patente oder Zertifikate von einer Person oder Institution zu einer anderen verschoben werden und gleichzeitig ihre Entstehung und jede an der «Blockkette» vorgenommene Veränderung nachvollzogen werden. Staatliche Dienstleistungen wie das Führen von Registern sind daher prädestiniert, von der neuen Technologie beeinflusst zu werden. «Die Blockchain-Technologie hat das Potenzial, auch Art und Weise, wie staatliche Geschäfte und Aufgaben erfüllt werden, fundamental zu verändern. Wir tun deshalb gut daran, uns mit den möglichen Anwendungen und deren Auswirkungen frühzeitig auseinanderzusetzen und mögliche Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen», erklärt Dr. Peppino Giarritta, Leiter der Stabsstelle E-Government des Kantons Zürich.

Die Schweiz hinkt bei der Anwendung von E-Government-Dienstleistungen im europäischen und im internationalen Vergleich grundsätzlich hinterher. Auch in Bezug auf die Blockchain-Technologie gibt es in der Schweiz im öffentlichen Sektor im Vergleich zum Ausland erst vereinzelt Anwendungen. Seit letztem Jahr stellt die Stadt Zug ihren Einwohnerinnen und Einwohnern versuchsweise eine Blockchain-basierte digitale Identität zur Verfügung. Damit soll ein einfacherer Zugang zu allen elektronischen Behördendienstleistungen oder ein digitalisiertes Parking-Management ermöglicht werden. Der Kanton Genf prüft die elektronische Bearbeitung und Archivierung von offiziellen Dokumenten auf Basis von Blockchain. Im Kanton Zürich wird im Rahmen der Digitalstrategie der Zürcher Regierung in einer Studie der Einsatz der Blockchain-Technologie geprüft. In Pilotversuchen will man abklären, wo Anwendungen im Verwaltungsumfeld sinnvoll und wertschöpfend genutzt werden können.

Estland baute aus dem Nichts digitale Verwaltung auf

Ein Blick ins Ausland zeigt das Potenzial der Blockchain-Technologie für staatliche Dienstleistungen auf. Estland musste nach dem Zusammenbruch des Ostblockes praktisch aus dem Nichts eine eigene Verwaltung aufbauen und setzte dabei stark auf die Digitalisierung. In ihrem E-Residency-Programm bietet Estland eine staatlich geprüfte, digitale Identität inklusive der Möglichkeit, auf dieser Basis Firmen zu gründen. Auch Berlin

führt derzeit einen Pilotversuch für Firmengründung auf Basis der Blockchain-Technologie durch. Japan testet öffentliche Ausschreibungen mit Unterstützung von Blockchain. Man erhofft sich eine Effizienzsteigerung, indem offerierende Firmen ihr Profil hinterlegen und sie während der Geschäftsabwicklung sowie für zukünftige Offertrunden zur Verfügung stehen. Dubai, auf dessen Baustellen viele Migranten arbeiten, vergibt Visa und Arbeitsbewilligungen auf Basis der Blockchain-Technologie.

Dass insbesondere weniger entwickelte Länder weiter sind, dürfte damit zu tun haben, dass dort ein anderes regulatorisches Umfeld anzutreffen ist und das Vertrauen in staatliche Institutionen oft weniger gefestigt ist. In Schwellenländern gelten Blockchain-Anwendungen für staatliche Dienstleistungen häufig als bessere Alternative oder schlicht als einzige Möglichkeit, Garantien für Transaktionen oder Besitzverhältnisse zu erbringen. Julia Heinzer, Partnerin im Bereich Finanzen und Risiko beim Beratungsunternehmen Accenture, ortet noch andere Gründe für die erst vereinzelt Anwendungen der Blockchain-Technologie im öffentlichen Sektor in der Schweiz: «Bei uns ist die Qualität der bestehenden staatlichen Infrastruktur im Vergleich zu vielen anderen Ländern hoch. Gleichzeitig sind wir bei der Sammlung und Abgabe von Daten an ein Register vielleicht konservativer, auch wenn dieses durch Blockchain sicher und verschlüsselt ist.»

Das Gesicht der Verwaltung dürfte sich durch die neue Technologie auch in der Schweiz verändern. Bürgerinnen und Bürger werden von einer wachsenden Zahl von digitalen Behördendienstleistungen Gebrauch machen und gleichzeitig die Hoheit über ihre Daten schrittweise zurückgewinnen. Wie schnell dieser Prozess voranschreitet, hängt auch von der Akzeptanz der Blockchain-Technologie in der Bevölkerung und von der Offenheit der Behörden ab. Nicht überall ist es sinnvoll, Prozesse auf die neue Technologie umzustellen. Verschiedene staatliche Register wie Handelsregister oder Grundbücher sind bereits oder werden derzeit digitalisiert. Diese Projekte zu unterbrechen und auf eine technologisch andere Grundlage zu stellen, scheint wenig Sinn zu machen. ■

Irene Tschopp, Kommunikation AWA